

Arbeiterblatt

ORGAN DES KAMPFBUNDES ZUR BEFREIUNG DER
ARBEITERKLASSE.

Nr. 2.

Jänner 1950

Preis 30 Gr

Regierungskoalition ja oder nein?

Die Arbeitsnehmer haben den Arbeitsgebern entgegengesetzte Interessen. Die kapitalistische Klasse ist bestrebt, die großen entscheidenden Produktionsmittel in den Händen zu behalten. Die Arbeiter und Angestellten sollen ihre Betriebe bei möglichst niederen Lohn und niederer Lebenshaltung in Gang setzen, damit die großen Profite den Kapitalisten gewahrt bleiben.

Die Arbeiterklasse dagegen ist bestrebt, die Arbeitszeit immer mehr zu verkürzen, immer höheren Lohn zu erhalten und schließlich die entscheidenden Produktionsmittel den Kapitalisten zu entreißen und diese gemeinsam im proletarischen Staat zu besitzen und zu betreiben.

Die Interessen der beiden Klassen gehen vollkommen auseinander und es gibt keine Basis, auf der sie sich treffen können. Dies ist eine den gewerkschaftlich geschulten Arbeitern bekannte Tatsache. Trotzdem versuchen die beiden sogenannten Arbeiterparteien, SP und KP, immer wieder, ein Bündnis mit ihrem Todfeind zu schließen.

Die OEVV, Vertreter der Kapitalistenklasse Österreichs, sah 1948 keine Möglichkeit, allein die Regierungsgeschäfte zu führen, da es ihr nicht gelungen wäre, die in der KP und SP verankerten Massen zum bedingungslosen Wiederaufbau des kapitalistischen Staates heranzuziehen.

Die sogenannten Arbeitervertreter versuchten nun und versuchen es immer wieder, mit den vollkommen unproletarischen Lösungen wie "Aufbau unserer (kapitalistischen) Wirtschaft", "Wir müssen alle Opfer bringen für den Aufbau unseres (kapitalistischen) Staates usw. dem Arbeiter und Angestellten einzureden, dass unser (kapitalistischer) Staat, unsere kapitalistische Wirtschaft gemeinsam von allen Österreicher aufgebaut werden muss.

Rückblickend auf die verflochtenen 4 Jahre der Regierungskoalition in der 2. Republik müssen die Arbeiter und Angestellten feststellen, dass zwar der Wiederaufbau der Wirtschaft vollzogen, die kleinen als auch die großen Kapitalisten schwer verdienen und die Herren wieder fest im Sattel sitzen, jedoch wieder einmal der Arbeiter und Angestellte um seinen Anteil betrogen wurde.

Das Geschrei der KP von der "Achtgemeinschaft" fällt auf sie zurück, da sie jederzeit bereit wäre, neuerlich in die bürgerliche Regierung einzutreten. Voraussetzung ist die Duldung der Sowjetunion durch die Kapitalisten. Um diesen Preis würden die Führer der KP die Interessen der Arbeiter und Angestellten gewissenlos verraten und eine Koalition mit den Kapitalisten neuerlich eingehen. (Siehe Frankreich.)

Jeder Eintritt einer Arbeiterpartei in die Regierung ihres Landes ist Verrat an der Arbeiterschaft, denn er bedeutet Mit Hilfe an der Aufrechterhaltung des Ausbeuterstaates, lähmt damit die Kraft der Arbeiterschaft und bindet ihr die Hände im Kampf gegen die Ausbeutung durch den Kapitalismus.

F A L S C H IST DAHER JEDE KOALITIONSPOLITIK MIT DEN KAPITALISTEN!

DAHIN S C H L U S S MIT DIESER BÜNDNISPOLITIK!

Jubilare:

Vor kurzem berichtete die A-Z, daß Polizeioffiziere zu ihrem 25., 30., 40., Dienstjahre vom

Innenminister Helmer und Polizeipräsident Holsaubeck beglückwünscht worden sind. Wer sind diese Jubilare, die vom sozialistischen Minister für ihre Dienste gelobt wurden? Es sind jene Offiziere, die durch alle politische Systeme treu ihrem Herrn, dem kapitalistischen Staate gegen die Arbeiter dienten.

In der Monarchie ließen sie die Arbeiter mit Säbel niederhauen, am Gründonnerstag 1919 gaben sie den Befehl, auf demonstrierende Arbeiter zu schießen, vom Juli 1927 her haben sie 100 Arbeiter auf dem Gewissen und im Jahre 1934 ließen sie das Proletariat mit Kanonen und Maschinengewehren niederwerfen. Im Krieg hetzten sie die Häsher auf die Soldaten und jetzt bewiesen sie wieder in Innsbruck und Graz, daß sie von den alten Methoden nichts vergessen haben. "Das ist unsere Polizei!" schrieb die Arbeiterzeitung. Aber auch die Kp ist nicht frei von Schuld, sie hätte im Jahre 1945 als sie das Innenministerium besetzte Gelegenheit genug gehabt, diese Henkersknochte des Kapitalismus auszumisten.

Wir, die Arbeiter, Angestellten und kleinen Bauern, wir können uns absolut nicht darüber freuen, daß es diesen Arbeiterfeinden möglich war, 25, 30, und 40 Jahre ihre mordende Tätigkeit ausüben. Wir stellen uns unter "unserer Polizei" etwas ganz anderes vor. Was wir brauchen, ist eine bewaffnete Arbeitermiliz, die nicht im Solde des Kapitalismus steht, sondern eine, die bereit und fähig ist, für die Interessen des Proletariats zu kämpfen!

Für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik.

Immer frecher und brutaler tragen die Ausbeuter ihre Offensiven auf die Lebenshaltung der Arbeitenden vor. Diese Räuber sind gut organisiert in: Kartellen, Ringen, Produktionsgemeinschaften, Händlervereinigungen usw. Sie stehen unter dem Schutz der Regierung, daß sie als ein Instrument für ihre Zwecke besitzen.

Die Arbeiter dürfen sich keine Illusionen machen, von dort her ist nichts zu hoffen. Das Klasseninteresse der Kapitalisten besteht ja gerade darin, den Konkurrenzkampf unter ihnen auf Kosten der Massen auszutragen, und deren Lebensstandart immer tiefer zu drücken.

Nun, diese Tatsachen sind der SP und Gewerkschaftsbürokratie bekannt, aber

statt sich auf dem Standpunkt der Arbeiter zu stellen, und deren Interessen zu vertreten ohne Rücksicht, ob die Kapitalisten verdienen oder nicht (das ist nicht Sache der Gewerkschaften) kommen sie die Initiative, die von unten ausgeht, und helfen so immer wieder, die Krisen zu Gunsten der Kapitalisten zu überbrücken.

Darum Umwandlung des G.B. in eine Kampforganisation für die Interessen der Arbeiter, Loslösung vom staatlichen Einfluss, und hinaus mit den OEVV -Vertretern aus dieser Organisation, womöglich Neuwahl von Gewerkschaftsfunktionären, die besser und ehrlicher die Arbeiter zu führen verstehen.

Das wahre Gesicht der sozialen Gesetz.

Da die Löhne zum Leben nicht ausreichen, so sind Tausende Arbeiter gezwungen, sich durch Nebenbeschäftigungen (Überstunden, Pfuscharbeit) durchzubringen. "Oesterreich hat die sozialsten Gesetze", so brüsten sich die SP-Führer auf dem Papier: was nützen jedoch die besten Gesetze den Arbeitern, wenn sie dabei hungern und Mangel an den notwendigsten haben.

Auch beginnen die Unternehmer, ihre alte bewährte Praxis wieder aufzunehmen, Arbeitende mit langen Urlaubsanspruch vor ihrem Urlaubsantritt zu entlassen, um sie gleich nachher wieder aufzunehmen. Einstweilen nur vereinzelt, aber das Beispiel wird sich durchsetzen, wenn die Gewerkschaften weiter passiv sind.

Revoltierende Gemeindeangestellte.

Bei einer Vertrauensmännersatzung der Betriebsorganisation der Wiener Gemeindeangestellten mussten die Leitungsmitglieder der SP-Fraktion, die allgewaltigen Herren Panos, Ziegler, Zorn usw. zur Kenntnis nehmen, daß die Geduld der Mitglieder und Vertrauensleute zu Ende geht. Wie üblich, waren einem Referat 1 1/2 Stunden gewidmet, sodaß für die Debatteredner, welche den Nöten der Gewerk-

mitgliedern Ausdruck verleihen wollten, nur 1/2 Stunde zur Verfügung stand. Doch diesmal war die Rechnung ohne die 300 Vertrauensleute gemacht worden, da sich diese gegen den Willen der Leitung mit dieser kurzen Zeit nicht begnügten, sondern die Sitzung auf volle 4 Stunden ausdehnten. Die sehr heikle Tagesordnung "Ueberbrückungshilfe", "Personalüberstand und Personalzulage" ließ die Einberufener ahnen, daß es nicht ohne bedrohliche Situationen abgehen werde. Daher wollten sie die Debatte so kurz als möglich halten.

Ihre Ahnungen wurden nicht betrogen. An der sehr erregten Debatte beteiligte sich unter anderem Genosse Altenögger, Ingenieur der Berufsfeuerwehr. Gut und entschieden nahm er gegen die unsoziale Ueberbrückungshilfe Stellung: Allen Angestellten mit einem Gehalt bis 800.- Schilling erhalten 200.-Schilling-, während die darüber liegenden Gehälter (darin inbegriffen die Gehaltstufen von

3 und mehrtausend Schilling!) 25% erhalten. Gleichfalls trat er gegen die provozierend wirkende Personalzulage auf: (Senatsräte, Abteilungsleiter, Juristen und einzelne kleine Angestellte, Liebkinder der Abteilungsleiter, erhalten für angeblich schwierige Dienstleistung (lies Ueberstunden) anschnliche, abgestufte Beträge. Gleichzeitig stehen 10.000 Angestellte auf dem Abbaustat, wie den Ausführungen des Referenten zu entnehmen war. Wie läßt sich dieses mit den Gewerkschaftsgrundsätzen vereinigen?

Die Vertrauensleute folgten erregt den Ausführungen des Genossen Altenögger. Als Herr Ziegler die Bemerkung machte, daß es im Saale sicherlich einige Scharfianer gebe, denen man noch zu Leibe rücken müsse, gab es einen wahren Entzündungssturm gegen Ziegler. Das ist die alte, bewährte Taktik der Gewerkschaftsbunzen, Arbeiter, die ihre vollkommen berechtigten Forderungen vertreten, als Verräter hinzustellen.

Arbeiter und Angestellte, wehrt Euch Eurer Haut! Brecht die Diktatur der Gewerkschaftsbunzen! Kämpft für die Meinungsfreiheit, für die wahre Demokratie in den Gewerkschaften!

Die neue Regierung Figl-Schärf

Das Feilschen zwischen den beiden ehemaligen Regierungsparteien um die einzelnen Ministersessel hat ihr Ende gefunden. Beide Parteien scheinen mit dem Erreichen zufrieden zu sein.

Die Arbeiter, Angestellten, kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern haben vorläufig keine Ursache, in die Selbstzufriedenheit der SP, dieser sogenannten Arbeiterpartei, einzustimmen. 4 Jahre Regierungskoalition haben für den kleinen Mann wenig erfreuliches gebracht. In der ersten Zeit der zweiten Republik hat es den Anschein gehabt, als ob es den beiden Parteien (SP und KP,) denen die Arbeiter, Angestellten, kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern im November 1945 ihre Stimmen gegeben haben, gelingen würde, über die gewöhnliche Form des Parlamentarismus hinwegzuschreiten und auf Kosten der Ausbeuter den armen Schichten der Bevölkerung bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen.

Nur zu bald wurde der Glaube an die Möglichkeit, durch bloße Reformen das Los der Ausbeuteten zu erleichtern, gründlich zerstört. 1- und 2. Gelddabwertung und die 4Lohn- und Preisabkommen haben dieser Regierungsperiode ihren Stempel aufgedrückt.

SP wie KP waren sich darin einig daß Oesterreich gemeinsam mit den kapitalistischen Ausbeutern aufgebaut werden müsse. Der revolutionäre Arbeiter und Angestellte musste immer wieder gegen diese Tendenz der Parteibürokratie der beiden Parteien, die Regierungskoalition als unumgängliche Notwendigkeit hinzustellen, ankämpfen. Sicherlich sind viele Arbeiter und Angestellte, die noch vor einiger Zeit dieser Auffassung nachgingen, nun durch die Erfahrungen am eigenen Körper mit uns einer Meinung:

Die neue Regierung Figl-Schärf wird weiterhin den Profit der Kapitalisten verschahren, dem Arbeiter jedoch den letzten Groschen aus der Tasche stehlen. Wann nicht wir, die Arbeiter, Angestellten, kleinen Gewerbetreibenden und Kleinbauern geschlossen ihren Treiben ein Ende setzen.

Helft dem Sowjetstaat!

Dem Sowjetstaat droht höchste Gefahr: die Kapitalisten suchen nur einen Ausweg aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten - Sicherung der Profite - herauszukommen: den Ueberfall auf die SU.

Sie brauchen weitere Absatzmärkte für ihre aufgestapelten Waren, für ihre ungeheuerlich angewachsenen Produktivkräfte die sie in der SU zu finden hoffen. Auch ist die SU reich an Rohstoffen, Naturprodukten und - an billigen Arbeitskräften, aus denen ungeheure Gewinne heraus zu holen wären.

Die Stalinbürokratie weiß das. Was tut sie dagegen? Durch die antiproletarischen Methoden in den von russischen Truppen besetzten Gebieten sowie die angsteinregende, nur auf das Interesse der Stalinbürokratie besorgte Politik in allen Ländern, werden die Arbeitermassen abgestoßen. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter werden nur für russisch-nationale Interessen ausgenutzt, die Einheit der Arbeiter gespalten, die klassenbewußtesten Elemente vernichtet und dadurch die Kraft der Weltarbeiterklasse geschwächt, die Hetze gegen die SU gefördert, der Kommunismus diskreditiert und damit die Absichten und Pläne der Imperialisten erleichtert.

Trotzdem prahlt die Stalinbürokratie daß die Weltkräfte des Friedens stärker als je zuvor sind. Sie meinen die sogenannten Friedenskomitees in aller Welt, die nur aus Angehörigen der Stalinbürokratie und materiell interessierter Intellektuellen bestehen, welche letztere die SU bei erster Gelegenheit verraten und verlassen werden.

Es wird den kommunistischen Parteien nie und da gelingen Linksschwenkungen in den Massen auszulösen, die sie nur als ein Druckmittel für ihre eigene nationale Zwecke ausnützen werden um irgend ein Kompromiss mit den Kapitalisten zu erreichen.

Und trotzdem ist es erste Pflicht eines jeden klassenbewußten Arbeiters, auf diese Gefahr aufmerksam zu machen, die dem Arbeiterstaat droht. Die Arbeiter müssen verstehen, daß wenn der Arbeiterstaat fällt, das Weltproletariat die schwerste Niederlage erleidet, von der es sich durch Jahre und Jahrzehnte wenn nicht länger - nicht wird erholen können.

In erster Linie daher Kampf gegen die Kapitalisten, Kriegstreiber und ihre Helfershelfer wie immer sie heißen. In zweiter Linie Kampf gegen die Stalinbürokratie die durch ihre Losung "Sozialismus in einem Lande" in Wahrheit die Weltarbeiterklasse im Stich gelassen und verraten hat.

Unser Ziel ist daher: Sturz der eigenen Bourgeoisie, der Imperialisten der ganzen Welt, und dann Sturz der entarteten Stalinbürokratie.

Lebendige Demokratie.

Im Leitartikel der A-Z vom 26.11 unter der Überschrift: Der Justizminister vor Gericht. Lebendige Demokratie, können wir folgendes lesen: Im Nationalrat hat es gestern ein bemerkenswertes Ereignis gegeben. Man darf es als Versinnbildlichung der Demokratie betrachten, als Bekräftigung des Verfassungsgrundsatzes der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz. In den 12 Jahren des Faschismus war es anders. Darum empfinden wir den Anschauungsunterricht in Demokratie, den unser Parlament gestern gegeben hat, als doppelt erfreulich: Nämlich der Justizminister ist von einem komm. Redakteur wegen Beleidigung geklagt worden und das Gericht verlangt die Auslieferung des Ministers, der selbst damit einverstanden ist. - Aber ist das wirklich ein Beweis für die Gleichheit aller Staatsbürger? 1. Wird in die Koalition SPÖE, ÖVP überhaupt ausgeliefert, 2. wenn ja, ist doch höchstens eine kleine Geldstrafe zu erwarten! Es ist widerlich anzuschauen wie die A-Z dies den Massen als wahre Demokratie vorschwindelt. Aber inwieweit hat der Arbeiter in Oesterreich Anspruch auf Recht und Gleichheit? Wie schaut es in Wirklichkeit mit den demokratischen Rechten aus? Die Vergangenheit hat uns gelehrt daß Gleichheit und Recht abhängen von der Größe des Geldsackes der Bürger, das jede bürgerliche Demokratie in Wahrheit eine Diktatur der Besitzenden ist. Ist das Demokratie wenn eine arme Frau ihr Kind aus Not ertränkt und zu vielen Jahren schweren Kerker verurteilt wird während andere die aus Habgier, Neid und Völlerei Verbrechen begehen, nur zu bedingten Strafen verurteilt werden, weil sie aus der Klasse der Besitzenden sind? Ist das Demokratie wenn die einen Millionen an Steuer-geschenken und Subventionen erhalten, den anderen bei jedem Stundenlohn auf Heller und Pfennig Steuern abgezogen werden? Ist das Demokratie, wenn die einen niederknüpelt werden, wenn sie um etwas mehr Lohn kämpfen um sich und ihre Angehörigen das nackte Leben zu ermöglichen, während die Anderen beim Hinauftreiben der Preise und beim Entwerten des Geldes von Polizei und Staatsapparat geschützt werden? Unsere Demokratie ist eine Demokratie der Kapitalisten, nicht aber der Ausgebeuteten.

5.

Wir brauchen eine proletarische Demokratie zum Nutzen der Arbeiter, den Nichtausbeutenden Kleinbauern und Kleinbürger nicht aber den Kapitalisten. Die widerliche Lobpreisung der kapitalistischen Demokratie durch die A-Z ist Betrug an der Arbeiterschaft.

+++++